

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Reudener Straße 70
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Stadtrat führte seine 26. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Mittwoch, dem 11.11.2009, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Wolfen, Puschkinstraße 3, Städtisches Kulturhaus, Saal 063, von 18:00 Uhr bis 21:23 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Klaus Hamerla

Mitglied

Dr. Holger Welsch
Dr. Horst Sendner
Petra Wust
Dr. Barbara Anders-Klumpp
Dr. Wolfgang Baronius
Jutta Engler
Klaus-Ari Gatter
Dr. Dr. Egbert Gueinzus
Günter Herder
Kathrin Hermann
Dr. Siegfried Horn
Klaus-Dieter Kohlmann
Ina Korntreff
Bernd Kosmehl
Guido Kosmehl
André Krillwitz
Dieter Krillwitz
Uwe Kröber
Brigitte Leuschner
Jürgen Lingner
Dietmar Mengel
Detlef Pasbrig
Wolfgang Paul
Prof. Dr. Hans Poerschke
Matthias Pratsch
Hans-Jürgen Präßler
Dieter Riedel
Armin Schenk
Jens Tetzlaff
Horst Tischer
Christel Vogel
Reinhard Waag
Wolfgang Wießner
Peter Ziehm
Dagmar Zoschke
Kerstin Zsikin

abwesend:

Mitglied

Utz Lohrengel
Gisela Lorenz
Mike Müller
Lars-Jörn Zimmer

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Mittwoch, den 11.11.2009, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates vom 14. Oktober 2009	
4	Bericht der Oberbürgermeisterin zur Ausführung gefasster Beschlüsse	
5	Einwohnerfragestunde	
6	Bericht der Firma Q-Cells	
7	Bericht der Oberbürgermeisterin zur aktuellen Lage des Haushaltes 2009 sowie derzeitig vorausschauende Situation des Haushaltes für das Jahr 2010	
8	Bestätigung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Bitterfeld-Wolfen	Beschlussantrag 249-2009
9	Aufstellungsbeschluss Nr. 02-2009 "Bebauungsplan zur Erhaltung und Entwicklung der zentralen Versorgungsbereiche der Stadt Bitterfeld-Wolfen"	Beschlussantrag 231-2009
10	6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Zum Feldrain" der Stadt Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Thalheim, Satzungsbeschluss	Beschlussantrag 306-2009
11	Strom-Konzessionsverträge mit der enviaM	Beschlussantrag 248-2009
12	Steuersatzung	Beschlussantrag 311-2009
13	Zulassung der Bewerberinnen/Bewerber für die Stichwahl um das Amt einer Oberbürgermeisterin/eines Oberbürgermeisters	Beschlussantrag 302-2009
14	Abberufung eines sachkundigen Einwohners	Beschlussantrag

		307-2009
15	Berufung eines sachkundigen Einwohners	Beschlussantrag 309-2009
16	Freigabe/Umverteilung von finanziellen Mitteln zum kompletten Abriss der "Alten Ziegelei Holzweißig" aus dem Projekt Abriss "Gips-Schwefelsäure-Anlage"	Beschlussantrag 296-2009
17	Änderung der Satzung der Stadt Bitterfeld über die Erhebung von Gebühren für die Städtischen Notunterkünfte	Beschlussantrag 278-2009
18	Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 490.000 Euro für die Maßnahme "Sanierung Kita Bergmännchen"	Beschlussantrag 305-2009
19	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
20	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
	Der Vorsitzende des Stadtrates eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Stadtratsmitglieder, die Oberbürgermeisterin, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie alle anwesenden Gäste und Vertreter der Presse. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß. Er stellt die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest. stimmberechtigt: 31 + 1	
zu 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
	Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Beschluss: Die Tagesordnung wird bestätigt. <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	Ja 32 Nein 0 Enth 0
zu 3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung des Stadtrates vom 14. Oktober 2009	
	Ab 18.03 Uhr nimmt Stadträtin Vogel an der Sitzung teil. stimmberechtigt: 33 Der Vorsitzende des Stadtrates erläutert, es gab einen Hinweis von Stadtrat Dr. Baronius zur letzten Niederschrift. Er beantragt die Aufnahme seiner Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 14 "Beteiligung der Entwicklungs-, Betreiber- und Verwertungsgesellschaft Goitzsche mbH (EBV) an der Projektentwicklungsgesellschaft Bernsteinerlebnisswelt Goitzsche mbH" als neuen 3. Absatz vor den Aussagen des Herrn Weber: "Stadtrat Dr. Baronius weist darauf hin, dass der Wirtschafts- und	

<p>Umweltausschuss mit 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung abgestimmt hat. Der Haupt- und Finanzausschuss hat mit 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen abgestimmt und die Angelegenheit ist im Kreistag glatt durchgegangen. Er möchte vermeiden, dass man mit den Detaildiskussionen, die auch in den Ausschüssen hätten erfolgen können, den Eindruck erweckt, dass man Investoren abschrecken will. Man sollte froh sein, dass jemand ernsthaft Interesse hat, hier an der Goitzsche zu investieren und weiter zu entwickeln, denn jeder weiß, dass die Stadt das nicht kann. Wenn es notwendig ist, kann man die Einzelheiten zur Abstimmung bringen. Man sollte sich aber grundsätzlich positionieren, dass man diese Investitionen als Stadtrat auch will.”</p> <p>Stadtrat Herder verweist auf seine Anfrage im TOP 33 – Straßenwinterdienst im OT Bitterfeld - S. 26 der Niederschrift (oben), die zwar richtig protokolliert ist. Er bemerkt allerdings, dass Herr Arning s.E. eine falsche Antwort gegeben hat. Es ging darum, ob im Rahmen der Ausschreibung des Straßenwinterdienstes eine Neukalkulation der Straßenreinigungsgebühren erforderlich ist. Damals erhielt er die Antwort, dass der Straßenwinterdienst nicht dazugehöre. Der Straßenreinigungsgebührensatzung im Internet hat er allerdings entnommen, dass gem. § 1 Abs. 1 die Stadt Bitterfeld die Reinigung ... sowie den Winterdienst nach Maßgabe der jeweils geltenden Straßenreinigungssatzung durchführt. In der Straßenreinigungssatzung ist sehr ausführlich beschrieben, was zum Winterdienst alles dazugehört. Deswegen möchte er sein Anliegen erneuern und bittet darum, einen Kostenvergleich anzustellen, aus dem sich ergibt, ob eine Neukalkulation der bisher festgelegten Gebühren notwendig ist.</p> <p>Der Vorsitzende des Stadtrates bemerkt, dass es hier lediglich um die Bestätigung der Niederschrift geht. Herr Arning hat auch so geantwortet, wie in der Niederschrift vermerkt ist; insofern ist dies erst einmal korrekt. Alles andere wird unter dem TOP Mitteilungen, Berichte, Anfragen geklärt.</p> <p>Beschluss: Die Niederschrift wird mit folgender Ergänzung bestätigt: Zum Tagesordnungspunkt 14 “Beteiligung der Entwicklungs-, Betreiber- und Verwertungsgesellschaft Goitzsche mbH (EBV) an der Projektentwicklungsgesellschaft Bernsteinerlebnisswelt Goitzsche mbH” werden folgende Ausführungen als neuer 3. Absatz vor den Aussagen des Herrn Weber eingefügt: “Stadtrat Dr. Baronius weist darauf hin, dass der Wirtschafts- und Umweltausschuss mit 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung abgestimmt hat. Der Haupt- und Finanzausschuss hat mit 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen abgestimmt und die Angelegenheit ist im Kreistag glatt durchgegangen. Er möchte vermeiden, dass man mit den Detaildiskussionen, die auch in den Ausschüssen hätten erfolgen können, den Eindruck erweckt, dass man Investoren abschrecken will. Man sollte froh sein, dass jemand ernsthaft Interesse hat, hier an der Goitzsche zu investieren und weiter zu entwickeln, denn jeder weiß, dass die Stadt das nicht kann. Wenn es notwendig ist, kann man die Einzelheiten zur Abstimmung bringen. Man sollte sich aber grundsätzlich positionieren, dass man diese Investitionen als Stadtrat auch will.”</p>	<p>Ja 29 Nein 0 Enth 4</p> <p>mehrheitlich beschlossen</p>
---	--

zu 4	Bericht der Oberbürgermeisterin zur Ausführung gefasster Beschlüsse	
	<p>Ab 18.05 Uhr nimmt Stadtrat Kröber an der Beratung teil. stimmberechtigt: 34</p> <p>Die Oberbürgermeisterin berichtet über die Ausführung gefasster Beschlüsse. Den Inhalt der Ausführungen können Sie der Anlage 1 entnehmen.</p> <p>Ab 18.07 Uhr nehmen Stadträtin Dr. Anders-Klumpp und Stadtrat Ziehm an der Beratung teil. stimmberechtigt: 36</p> <p>Die Oberbürgermeisterin informiert noch über folgende Ereignisse:</p> <ul style="list-style-type: none">• In den letzten Wochen weilten zahlreiche in- und ausländische Gäste in der Stadt Bitterfeld-Wolfen. Es gab auch einige Fernsehaufzeichnungen über die Entwicklung der Stadt.• Des Weiteren fand ein Tag der offenen Tür im Gesundheitszentrum Bitterfeld-Wolfen statt, wo sich auch die Stadt präsentierte.• Am 24.10. wurde der erste Hospiztag durchgeführt.• Am 26.10. hat der Tourismusverband getagt. Es wird eine Fusion zwischen zwei Tourismusverbänden geben.• Am 26. und 27.10. tagte die Städtenetzkonferenz der IBA in Dessau. Entsprechende Unterlagen dazu wurden im Haupt- und Finanzausschuss verteilt.• Am 29.10. fand die Tagung vom Verbundnetz Energie in Magdeburg statt.• Am 30.10. trafen sich die Städte Mitteldeutschlands in Halle. Die nächste Tagung wird in der Stadt Bitterfeld-Wolfen stattfinden. Es wurde nochmals bekräftigt, dass eine enge Zusammenarbeit zur Lösung der zukünftigen Probleme unerlässlich ist.• Am 2.11. waren Aktivisten von Greenpeace in der Stadt, die auf dem Weg nach Kopenhagen zur Klimakonferenz sind und mit ihrer Aktion auf den Klimaschutz aufmerksam machen wollen.• In der vorigen Woche hatte Herr Seehafer über sein neues Buch mit dem Titel "Dann seh'n wir uns in Bitterfeld" berichtet. Es gab eine gute Resonanz.• Weiterhin fand das Photovoltaik-Symposium statt.• In der vorigen Woche erfolgte die Straßenfreigabe des Fläminger Ufers.• Am 12.11. findet die Bildungsmesse im Städtischen Kulturhaus und in den Stadtwerken statt.• Am 20.11. wird Dr. Haseloff im Industrie- und Filmmuseum weilen. Ein Hallescher Künstler stellt dort seine Werke aus.• Am 15.11., 11.00 Uhr, wird eine Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Bobbau sein.• Am 18.11. findet in der Johannes-Kirche mit dem ehemaligen Bischoff Herrn Noack, Ehrenbürger der Stadt Bitterfeld-Wolfen, eine Veranstaltung statt.	
zu 5	Einwohnerfragestunde	
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates zitiert aus dem § 13 der Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen zur Einwohnerfragestunde.</p> <p>Frau Berit Windus, wohnhaft in Bitterfeld, Hahnstückenweg 25, ist Vorsitzende des Elternkuratoriums "Bussi Bär". An die Stadträte wurde</p>	

Informationsmaterial über eine Zusammenkunft des Kuratoriums verteilt, das gestern, im Beisein von Frau Wust, Herrn Hermann und Frau Kaschig stattfand. In dem Schreiben wurden die Ergebnisse des Gesprächs zusammengefasst. Es wurden bestimmte Lösungen aufgezeigt, die nach Meinung des Kuratoriums eine Sanierung der KE "Bussi-Bär" möglich machen. Der erste Punkt, Überprüfung der Fördermöglichkeiten, ist gestern schon angesprochen worden. Es sei zugesichert worden, dass von der Stadt geprüft wird, ob vom LK Fördermittel möglich sind. Des Weiteren sind noch zwei Punkte genannt worden. Es wird gebeten, dass sich auch die Stadträte dafür einsetzen, dass diese Punkte entsprechend geprüft werden und eine Sanierung des "Bussi Bär" möglich ist.

Frau Wust führt aus, dass in dem gestrigen Gespräch vereinbart wurde, dass das Elternkuratorium alles, was gestern besprochen wurde, nochmals schriftlich erhält, auch mit den ausstehenden Punkten, die noch nicht beantwortet werden konnten. Dann sollte man sich erneut zusammensetzen und beraten, was man gemeinsam tun könne. Sie geht davon aus, dass man dann eine Lösung finden werde. Der Stadtrat muss sich mit der Angelegenheit auch nochmals beschäftigen, was ebenfalls in dem gestrigen Gespräch zum Ausdruck kam. Man wird die Eltern auf dem Laufenden halten.

Frau Windus fragt, ob auch die anderen beiden vorgestellten Varianten in Betracht gezogen werden; dies wird von der OB bestätigt. Man wird zu allen Punkten bis Freitag eine Antwort erhalten. Wenn neue Erkenntnisse vorliegen, würde man einen Zwischenbescheid geben.

Thomas Busch, OT Bitterfeld, Burgstraße 83, äußert, dass er an dem gestrigen Gespräch mit Frau Wust teilgenommen hatte. Er hinterfragt, ob den Stadträten bekannt ist, dass es ähnliche Setzungserscheinungen bzw. Risse in der Nähe des "Bussi-Bärs" gab und gibt und dass dort teilweise Sanierungen stattgefunden haben, die von der LMBV als Bergbauschaden anerkannt wurden. Wenn ja, in welcher Art und Weise prüft die Stadt oder die Stadträte die Zuständigkeit der LMBV?

Frau Wust bemerkt, dass in den gestrigen Gesprächen bereits auf die Frage geantwortet wurde. Die LMBV wurde vor dem 01.07.07 angeschrieben. Die Stadt hatte sich auch nochmals an die LMBV gewandt. Dies hat Herr Hermann gestern ebenfalls mitgeteilt.

Herr Hermann ergänzt, dass auch eine Begehung mit Vertretern des Bergamtes Halle stattgefunden hat, die sich den Schaden nochmals vor Ort angesehen haben. Aus ihrer Sicht gibt es auch keine Veränderungen gegenüber dem Gutachten, das im Jahre 2002 von der LMBV und vom Bergamt erarbeitet wurde.

Frau Silke Jäger, OT Bitterfeld, Friedensstraße 59, äußert, dass die Eltern der KE "Bussi-Bär" durchaus der Meinung sind, dass der Ersatzneubau, wie dieser für die KE "Traumzauberbaum" geplant ist, auch wirklich gebaut werden soll. Sie fragt, warum die Option, die Kapazitäten zu erhöhen, jetzt einfach aus der Hand gegeben wird.

Frau Wust bemerkt, dass man dies gestern auch anhand von Zahlen sehr umfangreich erläutert hatte. Es kommen auch Kindereinrichtungsplätze in Holzweißig hinzu. Man müsse den Bereich als Ganzes sehen. Man würde diese Berechnungen zur Verdeutlichung nochmals dem Schreiben an das Kuratorium

	beifügen.	
zu 6	Bericht der Firma Q-Cells	
	<p>Der Vorsitzende Herr Hamerla begrüßt die Pressesprecherin der Fa. Q-Cells Frau von Spies und Herrn Klatt, Kaufmännischer Leiter der Firma. Anhand einer Power-Point-Präsentation wird u.a. darüber informiert, wie sich die Erfolgsgeschichte der Firma in den letzten 10 Jahren entwickelte, welchen Herausforderungen sie momentan gegenüberstehe und wie sich der Ausblick für die nächste Zeit gestaltet.</p> <p>Die Ausführungen werden als Anlage zur Niederschrift beigefügt.</p> <p>Es wird u.a. auch darüber informiert, dass man momentan eine Situation auf dem Solar-Markt habe, die bedeutet, dass es international Überkapazitäten gibt. Man habe das Phänomen, dass im vergangenen Jahr die Preise für den Verkauf um 40 % gefallen sind. Allein im letzten Quartal habe man einen Preisverfall von ungefähr 20 % zu verzeichnen.</p> <p>Durch die Internationalisierung des Marktes wird es weiterhin einen verschärften Wettbewerb geben, dem man sich stellen und stets an einer Technologieverbesserung arbeiten müsse. Wichtig sei dabei, die Forschung und Entwicklung hier am Standort zu haben, in enger Verzahnung mit der Produktion. Um das alles leisten zu können, habe man ein Neustrukturierungsprogramm erstellt, und zwar unter dem Namen "Q-Cells Reloaded", wobei drei wesentliche Aspekte zu leisten sind. Einer der sehr harten Schritte, die dabei unternommen werden müssen, sei, dass Q-Cells in den nächsten Wochen bis zu 500 Mitarbeiter entlassen müsse. Dazu gibt es eine Einigung zwischen Vorstand und Betriebsrat, wie dies vonstatten gehen wird. Dies sei ein schlimmer Schnitt nach zehn Jahren des gemeinsamen Wachstums. Man müsse diesen Schritt vollziehen, um weiterhin wettbewerbsfähig zu sein.</p> <p>In den weiteren Ausführungen wird u.a. darauf hingewiesen, dass die Firma auch auf dem Geschäftsfeld Entwicklung und Bau von Solarparks und Solarkraftwerken (z.B. der Solarpark Bitterfeld) tätig ist.</p> <p>Zum Schluss wird von Frau von Spies verdeutlicht, dass im OT Thalheim der größte Solarstandort in Europa entstanden ist und dass die geschaffenen Arbeitsplätze in der Forschung und in der Produktion dennoch hervorzuheben sind. Man konnte damit auch vielen jungen Leuten eine berufliche Perspektive bieten. Q-Cells engagiere sich durchaus auch vor Ort. Man geht davon aus, dass man dazu beitragen konnte, das Image der gesamten Region mit positiv zu verändern. Das Credo der Firma bleibe nach wie vor: "Saubere Energie, für Jeden, für immer", dafür arbeite man hier am Standort weiter.</p> <p>Stadtrat Herder fragt, welches die zwei wichtigsten Dinge sind, die in der Stadt vorangebracht werden sollten, um besser mit der industriellen Entwicklung Schritt halten zu können.</p> <p>Es gibt s.E. zwei Möglichkeiten: entweder die ansässige Industrie engagiert sich auch für kommunale Projekte auf freiwilliger Basis oder die Stadt versucht, z.B. Steuerhebesätze so zu gestalten, dass sie ausreichend Einnahmen hat. Dies sei ein gewisser Spagat, woran man allerdings erkennen könne, ob sich Firmen wirklich mit der Region identifizieren können. Er fragt, wo man hier das Optimum sehe, um diesen Spagat zu lösen.</p> <p>Frau von Spies meint dazu, dass dies ein Fluidum sei, weil das Optimum nicht</p>	

	<p>statisch sein könne. Was vor einigen Jahren gegolten habe, sei heute nicht mehr gültig. Wie sie es wahrnehmen konnte, habe sich die Fa. Q-Cells mit der Region wirklich sehr verbunden gezeigt. Zum Beispiel wird auch durch die Dokumentation der Schriftstellerin Frau M. Maron verdeutlicht, wie eng das Verhältnis der Firma mit der Region gewesen sei. Dass Q-Cells sich als Unternehmen selbst erst einmal um sein eigenes Bestehen kümmern müsse, sei auch verständlich. In den letzten Jahren war ihrer Meinung nach das freiwillige Geben und Nehmen sehr gut ausbalanciert. In der momentanen Situation, wo man 500 Mitarbeitern kündigen müsse, könne man allerdings nicht mehr so "großzügig" sein, wie bisher. Ob man dann als Stadtrat entscheidet, dass man "die Schraube an einer anderen Stelle hochschraube", sei deren "wirtschaftlicher Vernunft" überlassen.</p> <p>Stadträtin Zoschke verweist auf die im Zusammenhang mit den Entlassungen von Arbeitskräften genannte Transfergesellschaft. Sie bittet um nähere Informationen darüber, was Inhalt und Aufgabe dieser Gesellschaft sein wird, wie viele Leute sich dort wiederfinden werden und ob es evtl. auch eine Gesellschaft ist, wo man sich in der Warteschleife befindet, um Mitarbeiter ggf. bei steigender Produktion wieder in der Firma einzustellen.</p> <p>Herr Klatt bemerkt, dass man die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen habe. Es liege derzeit zunächst eine Vereinbarung zwischen dem jeweiligen Verhandlungsgremium und dem Betriebsrat vor. Daher könne er jetzt auf Details nicht eingehen. Es ist auf jeden Fall von Interesse der Fa. Q-Cells, dass sich in der Region weitere Unternehmen ansiedeln, die mit dem Solar-Sektor zu tun haben. So ist man auch mit anderen möglichen Industrieunternehmen im Gespräch. Insofern wäre es auch der Wunsch, dass die Leute, die sich in der Transfergesellschaft befinden, möglichst schnell eine Chance haben, dort wieder neue Arbeit zu finden.</p> <p>Der Stadtratsvorsitzende Herr Hamerla bedankt sich zum Schluss bei Frau von Spies und Herrn Klatt für ihre Ausführungen.</p>	
<p>zu 7</p>	<p>Bericht der Oberbürgermeisterin zur aktuellen Lage des Haushaltes 2009 sowie derzeitig vorausschauende Situation des Haushaltes für das Jahr 2010</p>	
	<p>Bevor die Oberbürgermeisterin über die aktuelle Haushaltssituation berichtet, wirft sie einen kurzen Blick auf die bisherige finanzielle Entwicklung der Stadt. Sie führt aus, dass das HH-Jahr 2009 zunächst ebenso optimistisch startete, wie das Jahr 2008 abgeschlossen wurde. Im ersten Halbjahr entwickelte sich das Gewerbesteueraufkommen noch annähernd planmäßig. Im II. Halbjahr jagte hingegen eine "Hiobsbotschaft" die andere. Es stellten sich prognostisch Steuerverluste für das Jahr 2009 in erheblicher Höhe ein. Die einzelnen Etappen sind in den regelmäßig erarbeiteten Haushaltsanalysen ersichtlich, die den Stadträten jeweils in der Haupt- und Finanzausschusssitzung übergeben und die auch diskutiert wurden.</p> <p>Der Bericht der OB zur aktuellen Lage des Haushaltes 2009 und zum Stand der Planung 2010 wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.</p>	
<p>zu 8</p>	<p>Bestätigung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Bitterfeld-Wolfen</p>	<p>Beschlussantrag 249-2009</p>
	<p>Die Oberbürgermeisterin gibt zunächst einige Hinweise. Der vorliegende</p>	

Beschlussantrag wurde in allen Ortschaftsräten erörtert und mit überwiegender Mehrheit dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen, außer von Seiten des Ortschaftsrates Thalheim. In einer gemeinsamen Sitzung des HFA, des BuVA und des WUA am 4.11.09 erfolgte nochmals eine umfassende Präsentation durch das Büro BBE. Im Ergebnis der umfassenden Diskussionen und der Auswertung erfolgten zwei übereinstimmende Änderungsvorschläge, die alle drei Ausschüsse getragen haben, und zwar:

1. Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beauftragt die Oberbürgermeisterin für die Entwicklung des A-Zentrums eine Konzeption vorzulegen, welche die Flächen für Handel und ruhenden Verkehr sowie die Verkehrsführung beinhaltet.
2. Der Ergänzungsstandort Bismarckstraße im OT Bitterfeld wird für die Versorgung mit nicht zentrenrelevanten Angeboten weiterentwickelt.

Die OB nutzt an dieser Stelle die Gelegenheit, allen Mitwirkenden für die Erstellung des Konzeptes ihren ausdrücklichen Dank auszusprechen. Sie erachtet dieses Konzept als Grundlage für eine positive Entwicklung qualitativen und erlebnisorientierten Einzelhandels-Landschaft in der Stadt Bitterfeld-Wolfen.

Stadtrat Schenk zitiert aus einer IHK-Studie, die heute veröffentlicht wurde, woraus klar hervorgeht, dass die Erarbeitung von Einzelhandelskonzepten durch die Kommunen genau der richtige Weg sei. Für die Entwicklung der Innenstädte sei eine weitere Konzentration des Handels notwendig. Erwähnt wurde in der Studie allerdings auch, dass ein wesentlicher Punkt bzgl. der Annahme von Innenstadtbereichen die Ordnung und Sauberkeit sei. Hier habe man insgesamt in der Stadt Bitterfeld-Wolfen Nachholbedarf.

Stadtrat Herder weist darauf hin, dass auf S. 8 des Konzeptes (oben) erwähnt ist, da es in den Grundlagendokumenten überall vermerkt sei, dass Bitterfeld-Wolfen mit 47.017 Einwohnern die viertgrößte Stadt im Land Sachsen-Anhalt wäre. Dies stimme nach seiner Auffassung seit Februar 2008 nicht mehr. Lt. aktueller Zahlen mit Gebietsstand vom 01.09.09 hat Bitterfeld-Wolfen gem. statistischem Landesamt 46.971 Einwohner. Selbst wenn man die Ew-Zahl von 47.017 zugrunde legen würde, habe Wittenberg 47.695 Einwohner. Er bittet, darauf zu achten, dass man dies künftig nicht mehr so explizit hervorhebt. Man sollte es dabei belassen, dass man die größte kreisangehörige Stadt in S.A. sei. Er regt an, dass man nunmehr ein Konzept von begleitenden Maßnahmen bräuchte, die durch die Stadt in Vorleistung erbracht werden müssten, um ein solches Einzelhandelskonzept von seinem Anliegen her umsetzen zu können.

Da man z.B. im OT Bitterfeld das A-Zentrum voranbringen wolle, müssen vorher s.E. begleitende Maßnahmen stattfinden. Wenn sich das Umfeld nicht ändert, wird kein Investor geneigt sein, dort irgendetwas zu eröffnen. Dies sei außerdem für alle Zentren notwendig; man wolle überall einen Aufschwung erleben, denn in letzter Zeit gab es rückläufige Entwicklungen in fast allen Zentren, außer in Wolfen-Nord an der Dessauer Allee. Es müsse gelingen, Kaufkraft von außerhalb anzuziehen und die demographische Entwicklung zu kompensieren. In dem Zusammenhang regt er an, dass man sich künftig noch stärker Gedanken machen müsse, da es zumindest mit den IBA-Projekten noch nicht so richtig gelungen sei, etwas auf den Weg zu bringen.

Stadtrat Gatter nimmt ab 19.15 Uhr an der Sitzung teil; somit sind 36 Stadträte und die OB als stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

	<p>Die OB Frau Wust äußert, dass es sich bei dem IBA-Projekt um kein Bauprojekt handelt. Sie bemerkt, dass sich nicht nur in Wolfen-Nord über viele Jahre etwas in Bezug auf die Einzelhandelsentwicklung getan habe, jetzt ebenfalls in der Leipziger Straße im OT Wolfen. Dies muss man in den anderen Ortsteilen genauso erreichen. Angesichts der prekären Haushaltssituation, über die sie heute berichtete, könne die Stadt nicht in Vorleistung gehen. Der Wunsch für die Zukunft sei allerdings unstrittig. Jetzt müsse man aber sehen, dass man die gegenwärtigen Aufgaben mit den finanziellen Mitteln erledigt, die zur Verfügung stehen. Dann könne man sich mit dem nächsten Konzept beschäftigen.</p> <p>Der Vorsitzende Herr Hamerla macht auf folgende Korrektur aufmerksam: Der zweite Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss mit 2 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen abgelehnt. Der HFA hat somit nur dem ersten Änderungsantrag zugestimmt.</p> <p>Der Stadtratsvorsitzende lässt sodann über die Änderungsanträge abstimmen:</p> <p>1. Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beauftragt die Oberbürgermeisterin für die Entwicklung des A-Zentrums eine Konzeption vorzulegen, welche die Flächen für Handel und ruhenden Verkehr sowie die Verkehrsführung beinhaltet.</p> <p>Der Antrag wird mit 37 Ja-Stimmen einstimmig bestätigt.</p> <p>Der Ergänzungsstandort Bismarckstraße im OT Bitterfeld wird für die Versorgung mit nicht zentrenrelevanten Angeboten weiter entwickelt.</p> <p>Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen bestätigt.</p> <p>Der Stadtrat fasst folgenden Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt das von der BBE Retail Experts Unternehmensberatung GmbH & Co. KG erarbeitete Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Bitterfeld-Wolfen mit den empfohlenen Leitzielen, Zentrenabgrenzungen, Handlungsschwerpunkten und der Sortimentsliste Bitterfeld-Wolfen gemäß der Anlage zu diesem Beschlussantrag.</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beauftragt die Oberbürgermeisterin für die Entwicklung des A-Zentrums eine Konzeption vorzulegen, welche die Flächen für Handel und ruhenden Verkehr sowie die Verkehrsführung beinhaltet.</p> <p>Der Ergänzungsstandort Bismarckstraße im OT Bitterfeld wird für die Versorgung mit nicht zentrenrelevanten Angeboten weiter entwickelt.</p>	<p>mehrheitlich beschlossen</p> <p>Ja 36 Nein 0 Enth 1</p>
<p>zu 9</p>	<p>Aufstellungsbeschluss Nr. 02-2009 "Bebauungsplan zur Erhaltung und Entwicklung der zentralen Versorgungsbereiche der Stadt Bitterfeld-Wolfen"</p>	<p>Beschlussantrag 231-2009</p>

	<p>Zum Beschlussantrag gibt es keine Wortmeldungen. Der Stadtrat fasst folgenden Beschluss:</p> <p>Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 02-2009 "Bebauungsplan zur Erhaltung und Entwicklung der zentralen Versorgungsbereiche der Stadt Bitterfeld-Wolfen" wird beschlossen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Geltungsbereich umfasst die im Zusammenhang bebauten Ortsteile (Innenbereich) der Stadt Bitterfeld-Wolfen mit Ausnahme der Flächen, für die bereits ein Bebauungsplan besteht. 2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt: Zur planungsrechtlichen Steuerung der Einzelhandelsentwicklung ist die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes notwendig. Als fachliche Grundlage dafür liegt ein "Konzept zur Einzelhandels- und Zentrenentwicklung der Stadt Bitterfeld-Wolfen" vor, das durch den Stadtrat beschlossen werden soll. 3. Es wird ein einfaches Änderungsverfahren nach § 13 Baugesetzbuch durchgeführt. 4. Der Beschluss ist entsprechend § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch ortsüblich bekannt zu machen. 5. Ein qualifiziertes Planungsbüro ist zur Entwicklung des o.g. Bebauungsplanes zu beauftragen. Die Verwaltung wird beauftragt den Vertrag zu erarbeiten. <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 36 Nein 0 Enth 1</p>
zu 10	6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Zum Feldrain" der Stadt Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Thalheim, Satzungsbeschluss	Beschlussantrag 306-2009
	<p>Zum Beschlussantrag gibt es keine Wortmeldungen. Der Stadtrat fasst nachfolgenden Beschluss:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auf der Grundlage des § 10 BauGB in der Neufassung vom 23.09.2004 (BGBl. I 2004 Seite 2414), in der zuletzt geänderten gültigen Fassung, beschließt der Stadtrat Bitterfeld-Wolfen die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 "Zum Feldrain" des Ortsteiles Thalheim, bestehend aus der Planzeichnung / Teil A mit den Textlichen Festsetzungen / Teil B (Anlage 1) als Satzung. 2. Die Begründung (Anlage 2) wird gebilligt. 3. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Mit der Bekanntmachung erhält die Satzung Rechtskraft. <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 36 Nein 0 Enth 1</p>
zu 11	Strom-Konzessionsverträge mit der enviaM	Beschlussantrag 248-2009
	<p>Stadtrat Schenk äußert, dass ihm bekannt sei, zumindest was den OT Thalheim betrifft, dass neben dem Stromkonzessionsvertrag ein gesonderter Vertrag zur Wartung und Installation für die Beleuchtung mit dem Konzessionsnehmer abgeschlossen wurde. Er fragt, ob zur gleichen Zeit auch beide Verträge beendet werden oder gibt es unterschiedliche Vertragslaufzeiten über den 31.12.2014 hinaus?</p> <p>Herr Weber bemerkt, dass er diese Frage nicht verbindlich beantworten könne. Es werden derzeit die einzelnen Verträge geprüft. Er wird den Stadtrat zu gegebener Zeit darüber informieren.</p>	

	<p>Frau Wust meint, dass man erreichen wolle, dass alle Verträge zur gleichen Zeit ablaufen und man dann alle neu fassen und im Paket vergeben könne. Sie nimmt den Hinweis von Herrn Schenk allerdings mit auf.</p> <p>Der Stadtrat fasst nachfolgenden Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt, die Strom-Konzessionsverträge der Ortsteile Bitterfeld, Rödgen, Greppin, Holzweißig, Thalheim und Bobbau zum 31.12.2014 zu beenden.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 37 Nein 0 Enth 0</p>
zu 12	Steuersatzung	Beschlussantrag 311-2009
	<p>Wortmeldungen liegen nicht vor. Daher verliert der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss: Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Bitterfeld-Wolfen (Steuersatzung) für das Jahr 2010 gemäß Anlage.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 33 Nein 2 Enth 2</p>
zu 13	Zulassung der Bewerberinnen/Bewerber für die Stichwahl um das Amt einer Oberbürgermeisterin/eines Oberbürgermeisters	Beschlussantrag 302-2009
	<p>Die OB Frau Wust sowie die Stadträtin Frau Zoschke nehmen aus Gründen der Befangenheit nicht an der Abstimmung teil.</p> <p>Der Stadtrat fasst nachfolgenden Beschluss:</p> <p>Der Vorsitzende Herr Hamerla teilt mit, dass ab morgen auch mit der Briefwahl begonnen werden kann. Es wird darauf auch in der Presse aufmerksam gemacht. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Wahlberechtigten nicht nochmals eine Wahlbenachrichtigung erhalten werden.</p> <p>Gemäß § 30 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KWG LSA) i. V. m. § 44 Abs. 3 Ziffer 24 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt (GO LSA) beschließt der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen laut Anlage über die Zulassung der Bewerberin/des Bewerbers zur Oberbürgermeisterstichwahl am 22.11.2009.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 35 Nein 0 Enth 0 Bef 2</p>
zu 14	Abberufung eines sachkundigen Einwohners	Beschlussantrag 307-2009
	<p>Auf Nachfrage von Stadtrat Herder bzgl. des Hauptwohnsitzes von Herrn Conrad bemerkt die OB, dass die Sache geklärt ist.</p> <p>Der Stadtrat fasst nachfolgenden Beschluss:</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen widerruft die Berufung von Herrn Peter Conrad als sachkundigen Einwohner im Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen des Stadtrates Bitterfeld-Wolfen.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 36 Nein 0 Enth 1</p>

zu 15	Berufung eines sachkundigen Einwohners	Beschlussantrag 309-2009
	<p>Zum Beschlussantrag gibt es keine weiteren Anmerkungen. Herr Leuschner ist anwesend. Er teilt mit, dass er das Mandat annimmt. Seine Verpflichtung wird im zuständigen Ausschuss vorgenommen.</p> <p>Der Stadtrat fasst folgenden Beschluss:</p> <p>Auf der Grundlage des § 48 Absatz 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt beruft der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen Herrn Reinhard Leuschner widerruflich zum sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 37 Nein 0 Enth 0</p>
zu 16	Freigabe/Umverteilung von finanziellen Mitteln zum kompletten Abriss der "Alten Ziegelei Holzweißig" aus dem Projekt Abriss "Gips-Schwefelsäure-Anlage"	Beschlussantrag 296-2009
	<p>Stadtrat Kröber erläutert, in dem Antrag liegen sehr weitreichende gesetzliche Hürden und auch sehr weitreichende finanzielle Dinge. Der Bau- und Vergabeausschuss hat sich darauf verständigt, den Antrag so zu formulieren, wie er auf der folgenden Seite vorgelegt wurde. Er ist als Einreicher bereit, diesen Alternativvorschlag als seinen Antragstext zu übernehmen und bittet darum, den Beschluss so zu fassen.</p> <p>Stadtrat Herder meint, wenn der Antragsinhalt geändert wird, dann sollte man auch den Beschlussgegenstand ändern. Es sollten die Worte "Freigabe/Umverteilung" durch das Wort "Prüfung" ersetzt werden.</p> <p>Stadtrat Schenk denkt, korrekt müsste es heißen: "Prüfung der Fördermöglichkeiten...".</p> <p>Der Vorsitzende des Stadtrates formuliert nun den Text wie folgt: "Prüfung von Fördermöglichkeiten zum kompletten Abriss...", da es grundsätzlich darum geht, ob die Möglichkeit besteht, aus diesen Fördermitteln die Abrissarbeiten in Holzweißig zu erledigen. Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt und der Einreicher darum gebeten hat, den Antragstext vom Bau- und Vergabeausschuss zu übernehmen, verliert der Vorsitzende des Stadtrates den geänderten Betreff und den vom Bau- und Vergabeausschuss vorgeschlagenen Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beauftragt die Oberbürgermeisterin, alle Möglichkeiten zur Förderung für den kompletten Abriss der alten Ziegelei zu prüfen und den Stadtrat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2009 über das Ergebnis zu informieren.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 36 Nein 0 Enth 1</p>
zu 17	Änderung der Satzung der Stadt Bitterfeld über die Erhebung von Gebühren für die Städtischen Notunterkünfte	Beschlussantrag 278-2009
	<p>Wortmeldungen liegen nicht vor. Daher verliert der Vorsitzende des Stadtrates den Antragsinhalt und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Beschluss:</p>	

	<p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Bitterfeld über die Erhebung von Gebühren für die Städtischen Notunterkünfte vom 17.05.2007 gemäß Anlage.</p> <p>§ 2 – Gebührenmaßstab</p> <p>(1) Die Gebühren werden pro Person und Tag bis zum Widerruf der Einweisungsverfügung erhoben (Tagessatz).</p> <p>§ 3 – Gebührenhöhe</p> <p>Der Tagessatz beträgt für die Nutzung der Einrichtung einheitlich 6,95 €</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 36 Nein 0 Enth 1</p>
zu 18	<p>Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 490.000 Euro für die Maßnahme "Sanierung Kita Bergmännchen"</p>	<p>Beschlussantrag 305-2009</p>
	<p>Wortmeldungen liegen nicht vor.</p> <p>Der Vorsitzende des Stadtrates verliest den Antragsinhalt wie folgt: Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die "überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 490.000 Euro für die Maßnahme 'Sanierung Kita Bergmännchen'". und stellt diesen zur Abstimmung.</p> <p>Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 490.000 Euro für die Maßnahme 'Sanierung Kita Bergmännchen'.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 37 Nein 0 Enth 0</p>
zu 19	<p>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</p>	
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates begibt sich an das Rednerpult. Er gibt folgende Stadtratstermine bekannt: 16. Dezember 2009 03. Februar 2010 17. März 2010 05. Mai 2010 16. Juni 2010.</p> <p>Der Vorsitzende des Stadtrates erinnert an die letzte Stadtratssitzung und die Aufregung, die es gab. Er hat zusammen mit der Oberbürgermeisterin eine Erklärung verfasst, die von einigen Fraktionen unterschrieben ist. Es geht um die Ausführungen der Stadträtin Korntreff zum Tag der Deutschen Einheit. Er verliest: "Die Stadträte der demokratischen Parteien und Wählervereinigungen im Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen und die Oberbürgermeisterin der Stadt Bitterfeld-Wolfen verurteilen entschieden die Einlassungen von Stadträtin Ina Korntreff, MLPD, die sie in der Sitzung des Stadtrates am 14.10.2009 getätigt hat. Die Ausführungen von Ina Korntreff zu den Geschehnissen am Tag der Deutschen Einheit, in denen sie die polizeilichen Maßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt gegen ihre Person im Rahmen der Gefahrenabwehr als faschistoide Maßnahmen einstuft, werden als beleidigend angesehen. Derartige Äußerungen sind eine Verunglimpfung des Staates und eine Verletzung der</p>	

Würde des demokratisch gewählten Stadtrates der Stadt Bitterfeld-Wolfen und werden hiermit ganz entschieden zurückgewiesen.
Die Unterzeichner verlangen von der Stadträtin Korntreff eine öffentliche Rücknahme ihrer Äußerungen und eine ausdrückliche Entschuldigung gegenüber dem Stadtrat.”

Stadtrat Tetzlaff berichtet aus dem Abwasserzweckverband “Westliche Mulde”. Die letzte Verbandsversammlung fand vor zwei Tagen statt.
Es gab eine Beschlussfassung zum Nachtragswirtschaftsplan 2009. Im Wesentlichen ist festzuhalten, dass das Betriebsergebnis im Positiven mit 715 T€ festgestellt werden konnte und dass die geplante Umlage von insgesamt 106 T€ auf 88 T€ gesenkt werden konnte, damit auch der Anteil von Bitterfeld-Wolfen.
Weiter gab es eine Änderung zur Neufassung der Verbandssatzung aufgrund der Tatsache, dass es zum 01.01. eine Neustrukturierung in den Mitgliedsgemeinden gibt. Dann werden nur noch sechs Mitgliedsgemeinden im Abwasserzweckverband organisiert sein. Das führt dazu, dass es insgesamt 18 Stimmen in der Verbandsversammlung gibt, davon entfallen auf die Stadt Bitterfeld-Wolfen zehn Stimmen.
Eine weitere Änderung war notwendig, weil der Ausschuss mit sieben Mitgliedern nicht mehr vollständig besetzt werden kann. Nunmehr besteht der Ausschuss aus drei Verbandsmitgliedern.
Es gab die zweite Änderung zur Beitragssatzung, da ging es wie im letzten Stadtrat bereits berichtet unter anderem um den Herstellungsbeitrag II.
Als weiteren Tagesordnungspunkt gab es die 11. Änderung der Gebührensatzung. Wichtigster Inhalt ist, dass der bisherige Beitrag zur zentralen Abwasserentsorgung von derzeit 4,15 € auf 4 € gesenkt werden konnte. Dies wird bis in das Jahr 2012 hinein wirksam sein.

Stadtrat Herder sagt, § 27 der Gemeindeordnung regelt, dass mindestens einmal im Jahr in jeder Gemeinde eine Einwohnerversammlung durchgeführt werden soll. Er fragt, ob es dafür schon Termine gibt.
Er bittet darum, dass im Ergebnis der Ausschreibung zum Straßenwinterdienst ein Kalkulationsvergleich zu den in der Straßenreinigungsgebührensatzung verankerten Gebühren erstellt wird, um zu erkennen, ob die Stadt hier neu zu beschließen hat.

Die Oberbürgermeisterin sichert die Erarbeitung der Gebühren zu.
Die Einwohnerversammlungen werden vorbereitet. Sie werden wie im letzten Jahr in jeder Ortschaft stattfinden.

Stadträtin Zoschke hat an der Elternversammlung betreffend die Kindertagesstätte “Bussi Bär” am 28. Oktober 2009 teilgenommen. Was sie bewegt hat ist, dass man davon ausgegangen ist, dass die Kindertagesstätte geerdet ist und geschlossen wird und dass der Neubau dieser Ersatzneubau ist, den man hier beschlossen hat. Grundlage dafür müsste ein Stadtratsbeschluss sein und Grundlage dafür ein Gutachten. Sie bittet darum, dass die Fraktionen wenigstens ein Exemplar des Gutachtens erhalten.
In der Elternversammlung hat der Träger den Eltern angeboten, die Kinder jetzt in der kalten Jahreszeit als einzige Möglichkeit auf dem Bitterfelder Bahnhof warten zu lassen, damit sie in die Busse steigen.
Neben dem Kindergarten befindet sich das KURSANA-Domizil. Da gibt es einen Glasanbau. Sie hat dort angefragt, dort wäre man bereit, den Glasanbau für die Wartezeiten früh zur Verfügung zu stellen. Dort könnten auch die Busse auf das Gelände fahren. Die Gefahr, dass die Kinder auf die Straße laufen, ist

durch den Zaun auch gebannt. Es wäre nett, wenn die drei Partner des Kindergartens miteinander ins Gespräch kommen, damit das in die Wege geleitet werden kann.

Die Oberbürgermeisterin denkt, dass das geht.
Das Gutachten wird im Bau- und Vergabeausschuss mit dem Protokoll verteilt.
Wenn noch Bedarf ist, soll man Bescheid geben.

Stadtrat Tischer befremdet bei der Kindertagesstätte "Bussi Bär", dass man sich hier immer mit Untersuchungsergebnissen befasst und die Leute, die davon betroffen sind, müssen sich hier melden, um zu versuchen, das eine vernünftige Regelung geschaffen wird. Es sind zwei Dinge zu regeln. Es muss die Übergangszeit vernünftig geregelt werden. Er bittet darum, so ein Problem einmal schnell und unbürokratisch zu lösen. Er denkt, dass in dem Gutachten auch die Möglichkeit einer schnellen Sanierung der jetzigen Anlage stecken würde. Wenn man die ersten Zahlen miteinander vergleicht, dann werden die Dinge finanziell für die Stadt an jeder Stelle fast gleich groß sein.

Die Oberbürgermeisterin gibt Herrn Tischer recht. Das ist aber ein Problem, dass seit Anfang der 90-er Jahre besteht. 2002 wurde das durch das Hochwasser ganz akut. Es ist nicht bearbeitet worden, die Risse wurden immer größer. Jetzt muss man sehen, dass man hier eine Lösung findet. Die Stadt hat sofort Plätze zur Verfügung gestellt, auch dass die Gruppen nicht auseinander gerissen werden. Nicht nur der Träger, auch die Stadt hat einen Shuttle-Bus, einen Busfahrer und Begleitpersonen zur Verfügung gestellt.
Der Stadtrat entscheidet, er hat die Zahlen auf dem Tisch. Es liegt in der Hand des Stadtrates, ob die Sanierung des "Bussi Bär" kommt, ob ein Neubau kommt oder ob beides kommt.

Stadtrat Dr. Baronius spricht den ständigen Wechsel mit der Buslinie in der Parsevalstraße an. An der Einfahrt zum Gaskraftwerk ist der Fußweg auf die Straße gezogen. Das ist am Tag gut zu sehen, bei Schnee aber nicht mehr. Er wurde von Kraftfahrern angesprochen, die sich dort ihre Vorderreifen oder Vorderachsen zerfahren haben, ob man diese Unfallquelle nicht beseitigen könnte.

Weiter hatte er schon das Rechtsabbiegen aus der Bismarckstraße in die Bahnhofstraße angesprochen. Dort kommt kein Bus und kein Lastwagen rechts herum.

Er fragt, ob man die Stellungnahme der Stadt zum Ausbau der B 100 in Bitterfeld erhalten kann.

Herr Weber sichert die Stellungnahme als Anlage zum Protokoll zu.

Die Oberbürgermeisterin sichert eine Antwort zu den beiden anderen Anfragen spätestens in der nächsten Stadtratssitzung zu.

Stadträtin Korntreff nimmt Stellung zum Vorwurf der letzten Stadtratssitzung, sie hätte Deutschland mit einem faschistischen Staat verglichen, ihn also beleidigt und müsse sich nun entschuldigen.

Die Niederschrift von ihrem Redebeitrag liegt vor. Sie dankt dem RBW für die wörtliche Wiedergabe ihres Beitrages. Allerdings war der Beitrag mit "Stadträtin beleidigt den Staat" überschrieben.

Festzustellen ist, dass sie die BRD nicht mit einem faschistischen Staat verglichen hat.

Lediglich die Vorbeugehaft beziehungsweise den Unterbindungsgewahrsam hat

sie als faschistoide Maßnahme bezeichnet, wenn auch Andere das anders sehen. Selbst namhafte Politiker und Persönlichkeiten sind durchaus derselben Meinung wie sie. Sie nennt hier zum Beispiel Dr. Rolf Gössner (Rechtsanwalt an der Uni Bremen und Publizist), der seit 2003 Präsident der "Internationalen Liga für Menschenrechte" ist. Dieser schreibt: "Die Ingewahrsamnahme bzw. der Unterbindungsgewahrsam potentieller Störer/Straftäter zur Gefahrenabwehr ist klassische Vorbeugehaft gegen Unschuldige, da gegen den Betroffenen in aller Regel kein Straftatverdacht besteht".

Sie zitiert weiter Hans-Christian Ströbele von Bündnis 90/Die Grünen, den FDP-Innenpolitiker Burkhard Hirsch, Dr. Max Stadler (innenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion sowie Georg Prasser, Vizepräsident des Deutschen Anwaltsvereins.

Aus ihrer Sicht wird deutlich, dass selbst Politiker, die nun zur Bundesregierung zählen, eindeutige Worte gesprochen haben, mehr hat sie auch nicht.

Allerdings ist es für sie diffamierend, wenn ihr von Herrn Klaus Hamerla in seiner Funktion als Stadtratsvorsitzender nach ihrem Redebeitrag unterstellt wird, sie hätte mit diesen Worten den Staat beleidigt und was in der Niederschrift leider nicht mehr auftaucht, sich auch vorbehält, rechtliche Schritte zu prüfen.

Durch solch ein Verhalten ist ein Vertrauen in die Person als Stadtratsvorsitzender getrübt.

Ein Stadtratsvorsitzender sollte nur dann seine persönliche Meinung äußern, wenn er seinen Vorsitz vorher abgibt und in seiner Funktion als Stadtrat spricht, das hat er jedoch nicht getan.

Seine Unterstellung, sie hätte den Stadtrat beleidigt, ist eine Diffamierung ihrer Person.

Es wäre aus ihrer Sicht besser gewesen, den Vorgang selbst zu verurteilen, weil hier eine gewählte Stadträtin mit einer fingierten Anzeige der Neonazi-Szene und einer unrechtmäßigen Gefährderansprache mit Vorbeugehaft bedroht wird, auch das gehört zum "Courage zeigen".

Inzwischen hat sich immer noch ohne Einleitung eines Verfahrens herausgestellt, dass der Vorgang jeden Unterstützer beziehungsweise Aufrufer der antifaschistischen Demonstration am 3. Oktober in Bitterfeld in der gleichen Art und Weise wie sie hätte treffen können.

Sie legt nicht jedes Wort auf die Goldwaage, aber eine Entschuldigung des Stadtratsvorsitzenden hält sie für angebracht.

Der Vorsitzende des Stadtrates sagt, dass er jetzt still ist heißt nicht, dass er sprachlos ist, er wird die Konsequenzen daraus ziehen. Frau Korntreff hat, wie von der Mehrheit des Stadtrates aufgefordert, sich nicht entschuldigt, sie hat weiterhin versucht, den Stadtrat zu verunglimpfen. Das wird der Stadtrat sich nicht gefallen lassen.

Stadtrat Kröber geht darauf ein, dass der Ortsteil Holzweißig durch geplante Baumaßnahmen von Bitterfeld abgeschnitten ist und dass durch unplanmäßige Dinge bei Sondierungsbohrungen an der B 100 die Umleitung der Umleitung noch abgeschnitten wurde. Er fragt, ob es Möglichkeiten gibt, mit den Bauträgern nach Wegen zur Abhilfe zu suchen. So könnte man vielleicht an der geplanten Baumaßnahme etwas verschieben, was dort gemacht werden müsste, um temporär den kurzen Weg nach Bitterfeld wieder aufzubekommen.

Eine zweite Frage betrifft das Rathaus in Holzweißig, er bezieht sich dabei auf den Gebietsänderungsvertrag. Es wurde in der Ortschaftsratsitzung schon über die Problematik geredet. Nach seinen Informationen soll das Rathaus leer gezogen werden, die Fachabteilung zieht aus. Es wurde zugesagt, dass als Anlaufpunkt für die Bürger vor Ort Leute aus der Verwaltung bleiben. Es soll

wohl nun eine ABM-Kraft sein. Er hält es nicht für angebracht, in einem Ortsteil als Anlaufpunkt eine ABM-Kraft anzustellen, die nicht über etwas entscheiden kann. Er fragt, warum es nicht möglich ist, eine Fachabteilung im Rathaus unterzubringen, um zumindest einen Anlaufpunkt für bestimmte Dinge zu haben.

Die Oberbürgermeisterin antwortet, es wird nicht nur eine ABM-Kraft geben, sondern es wird wie in allen Ortsteilen einen Anlaufpunkt zu bestimmten Zeiten da sein, wo die Verwaltung auch da sitzt und Ansprechpartner ist. Wenn man eine Verwaltungseinheit dahin bringen will, dann muss es eine Einheit sein, die auch autark ist. Man hat probiert, Teile auszulagern. Da ergeben sich so viele Probleme logistischer Art. Es muss Sinn machen und der Zusammenschluss sollte zu einer effektiven Verwaltung führen. Den Punkt kann man aber gern nochmals diskutieren, man wird nochmals schauen und eine Antwort zum Protokoll oder zur nächsten Stadtratssitzung geben.

Frau Vogel erläutert zu den Straßenbaumaßnahmen, dass es an der B 100 am 3.11. zu einer schweren Havarie kam. Die Umleitung wurde wie bekannt ausgeschildert. Die Ignatz-Stroof-Straße wurde aufgrund ihrer Verkehrsberuhigung nicht als Umleitungsstrecke ausgeschildert. Aufgrund von Beschwerden dort hat man sich mit dem Landkreis in Verbindung gesetzt. Da gibt es Einengungen und Grünbepflanzungen, die alle zerfahren sind. Hier wird man den Verursacher nicht finden.

Es wurde dann sofort an beiden Seiten ausgeschildert, dass eine bestimmte Tonnage nicht mehr durchfahren kann. Das hat der Stadt noch nicht gereicht. Man hat sich mit der Polizei in Verbindung gesetzt. Diese wird nun dort kontrollieren.

Nach ihrem Kenntnisstand werden die Baumaßnahmen an der B 100 voraussichtlich am 20. November abgeschlossen sein.

Bei der anderen Baustelle ist die LMBV gefragt. Man arbeitet daran, dass man so schnell wie möglich wieder am Kaufland vorbei fahren kann. Sie sichert eine Antwort für das Protokoll zu.

Stadtrat Dr. Dr. Gueinzus fragt nach dem Realisierungsstand zum 041 und wann man mit einem Umzugstermin der Verwaltung rechnen kann. Ihn interessieren auch die Auswirkungen des Umzuges und ob das im Haushalt eingestellt ist.

Er erinnert an das Unglück in Nachterstedt. Er fragt, ob es da Ergebnisse zur Goitzsche gibt.

Die Oberbürgermeisterin antwortet, an der Goitzsche gibt es andere Bedingungen. Da gibt es kein Steilufer, da wurde kein Untertagebau durchgeführt und da gibt es gewachsenen Boden.

Der Umzug in das Gebäude 041 wird zum Jahresende erfolgen. Hier wird der Vertrag beschlussgemäß eingehalten.

Stadtrat Schenk greift das Thema "Bussi Bär" auf. Stadtrat Bernd Kosmehl hat ihn angesprochen und darum gebeten, sich auch vor Ort einmal ein Bild machen zu können. Daher soll sich der Bau- und Vergabeausschuss am 09. Dezember 2009 ab 17.00 Uhr das anschauen. Er bittet darum, dass die Verwaltung das absichert.

Am 13. August 2009 wurde eine Richtlinie zur Förderung des leistungsorientierten Sports beschlossen. Das hat er dem Karnevalsverein mitgeteilt. Hier wollte die Funkgarde einmal an einem Landeswettbewerb teilnehmen. Das ist mit den alten Kostümen nicht möglich. Daher hat man

	<p>Fördermittel für neue Kostüme beantragt. Jetzt muss er zur Kenntnis nehmen, dass solche Anschaffungen danach nicht förderfähig sind.</p> <p>Bei der Diskussion dazu ist ihm nicht aufgefallen, dass das unter Kosten für Anschaffungen zu verstehen ist. Anschaffungen sind für ihn in der Regel Wirtschaftsgüter, für die auch Abschreibungen gebildet werden. Er bittet darum zu überprüfen, inwieweit eine Auslegung der Richtlinie auch möglich ist, um an dieser Stelle einen Zuschuss geben zu können.</p>	
zu 20	Schließung des öffentlichen Teils	
	<p>Der Vorsitzende des Stadtrates schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.26 Uhr.</p> <p>Es wird eine Pause gemacht.</p>	

gez.
Klaus Hamerla
Vorsitzender des Stadtrates

gez.
Ilona Bütow/Thomas Bauermann
Protokollantin